



## **Aufwachen! Lösungen und Massnahmen sind gefragt, keine Apfelbäume**

**Referat von Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident der SP Schweiz**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde der SP Schweiz,

Ich habe diese Woche Post von einem unserer Parteimitglieder erhalten. Er heisst Stéphane und wohnt in Villars-sur-Glâne im Kanton Freiburg. Er macht sich Sorgen um seine Stelle. Seine Firma steckt in einer Krise und muss Leute entlassen. Interessenten, die die Firma übernehmen möchten, kommen und gehen. Das Arbeitsklima ist denkbar schlecht. Obwohl Stéphane im Moment noch nicht direkt betroffen ist, schaut er sich nach einer neuen Stelle um. Schliesslich hat er eine Familie zu ernähren und mit zwei Kindern muss er auf jeden Franken achten. Eine längere Arbeitslosigkeit wäre für ihn und seine Familie problematisch.

Stéphane machte sich also auf die Suche und fand ein Inserat, das seinen Fähigkeiten zu entsprechen schien. Universal Job, ein Stellenvermittlungsbüro aus Lausanne, suchte Servicetechniker für ein Unternehmen in Châtel-St-Denis, das auf Verpackungen spezialisiert ist. Stéphane mag es, im Team zu arbeiten, deshalb schreckt ihn der Hinweis auf Schichtarbeit auch nicht allzu sehr ab. Er arbeitet zwar nicht allzu gern nachts, würde den Zusatzaufwand aber auf sich nehmen. Stéphane sagt sich, dass er seine Kinder auch zu anderen Zeiten als abends sehen kann. Zudem muss er halt ab und zu auf das Fussballtraining mit den Senioren am Montagabend verzichten.

Doch Stéphane wird trotzdem nicht als Servicetechniker für eine Verpackungsfirma arbeiten. Der angebotene Lohn, 17.50 Franken die Stunde, beträgt weniger als die Hälfte seines derzeitigen Einkommens. Es ist schlicht unmöglich, eine Familie mit diesem Stundenlohn über die Runden zu bringen - 13. Monatslohn, Ferien und Feiertage inbegriffen! Wenn man wie bei jedem anständigen Arbeitgeber Ferien und 13. Monatslohn separat berechnet und ausbezahlt wird, sinkt der Stundenlohn sogar auf 14 Franken.

Genossinnen und Genossen,

Ihr habt richtig gehört: 14 Franken pro Stunde. Und das in der Westschweiz, zehn Minuten von Vevey entfernt. In einer Region, in der die Mieten zu den höchsten der ganzen Schweiz gehören. All dies spielt sich in einem multinationalen Verpackungsunternehmen ab, das auf seiner Internetseite behauptet – ich zitiere wörtlich: „Wir verpflichten uns, unseren Angestellten sichere und angenehme Arbeitsbedingungen zu garantieren. Wir verpflichten uns, dafür zu sorgen, dass unsere Angestellten sich entfalten und ihre Kompetenzen und Fähigkeiten entwickeln können.“

Diese Arbeitsstelle ist ganz einfach nicht für Stéphane gedacht, sondern für einen Migranten oder besser gesagt: eine Migrantin. In der Stellenanzeige wird „eine Arbeiterlaubnis für die Schweiz“ verlangt. Gesucht werden Bewerberinnen und Bewerber, die sich „korrekt auf Französisch“ ausdrücken können. Denn nur die wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit, in der

sich unsere Freunde in Portugal oder Spanien befinden, kann einen dazu zwingen, solche Hungerlöhne zu akzeptieren.

Genossinnen und Genossen,

Ich weiss nicht, was solche Stellenanzeigen bei Euch auslösen. Aber mich machen sie stinkwütend.

Weil sich eine solche Ausbeutung des Elends täglich wiederholt, direkt vor unserer Haustür. Weil wir keine Mindestlöhne haben, die der Portugiesin, die diese Arbeit zu einem Stundenlohn von 14 Franken annimmt, ein Leben in Würde garantieren.

Weil die Aufsichtsbehörden in den Kantonen ihre Arbeit nicht machen.

Weil solche Fälle Gift für den freien Personenverkehr sind. Denn wie soll man Stéphane und seine Kollegen davon überzeugen, die Fortführung der Personenfreizügigkeit zu unterstützen, wenn sie solche Missbräuche erleben? Wie soll dies gehen, wenn sie sich in Konkurrenz zu Migrantinnen und Migranten befinden, die man dazu zwingt, für 14 Franken in der Stunde zu arbeiten?

Wegen solcher und tausender anderer ähnlicher Stellenanzeigen werden wir die Abstimmungen über die Personenfreizügigkeit verlieren. Stéphane hat erlebt, wie sein Lohn stagnierte, seine Krankenkassenprämien explodierten, seine Miete so hoch gestiegen ist wie nie zuvor. Kein Wunder also, wenn er an uns und unseren Rezepten zweifelt. Weil er Angst um seine Zukunft und die seiner Familie hat, wird er die Personenfreizügigkeit ablehnen. Aus dieser Verzweiflung heraus haben die Genfer Kolleginnen und Kollegen von Stéphane für den MCG gestimmt. Sie wollten ein Zeichen setzen, dass es so nicht weiter gehen kann.

Und was tun unterdessen die bürgerlichen Parteien? Sie verteilen Äpfel. Sie decken unser Land mit Apfelbaum-Plakaten zu, die von Economiesuisse finanziert werden. Sie haben sich die Kampagne von Jacques Chirac aus dem Jahr 1995 zu Herzen genommen. Wenn nichts mehr geht: „Mangez des pommes“. Anscheinend glauben sie allen Ernstes, ein schöner roter Apfel, eine Armbrust und ein Schweizer Kreuz würden Stéphane überzeugen, die Personenfreizügigkeit fortzuführen. Meine Herren, kommen Sie bitte aus Ihren Amtsstuben und Elfenbeintürmen heraus! Öffnen Sie doch mal die Fenster des Bundeshauses! Schauen Sie sich einmal, nur ein einziges Mal, die gewöhnliche Schweiz an, die arbeitende Schweiz, die sich Sorgen macht. Hören Sie einen Augenblick, einen kleinen Augenblick, einer Mutter zu, die gezwungen ist, in einer Zwei-Zimmer-Wohnung zu bleiben, obwohl ihre Familie immer grösser wird. Meine Herren – denn es sind immer Männer, die Herren Karrer, Bigler, Müller – die Zeit der Äpfel ist längst vorbei.

Genossinnen und Genossen,

Die Rolle und die Daseinsberechtigung der SP bestehen darin, in dieser Angelegenheit auf der Seite von Stéphane zu stehen. An allererster Stelle kämpfen wir dafür, dass sich die Lebensbedingungen des so genannt „kleinen Mannes“ und der Mittelschicht verbessern. Zumindest dürfen sie sich nicht wegen einer blinden und egoistischen Politik der Bürgerlichen verschlechtern. Einer Politik, welche die Interessen einiger weniger Bodenspekulanten und anderer Ausbeuter verteidigt.

Wegen ihnen, wegen Stéphane und seinen tausenden von Kollegen im ganzen Land, können wir die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien nicht vorbehaltlos unterstützen. Schon heute steht für uns fest, dass wir ohne substanzielle Verbesserungen des Arbeitsrechts, des Mieterschutzes und der Ausbildung keine Kampagne führen werden.

Ihr habt sicher auch gehört, dass unsere freisinnigen und christlichdemokratischen Freunde schon ganz hysterisch sind. Sie werfen der SP Erpressung vor. Es sei hier ein für alle Mal klargestellt: Es handelt sich nicht um Erpressung. Und es geht nicht um die SP. Die Bürgerlichen müssen nicht die SP, sondern das Volk davon überzeugen, dass es Sinn macht, die Personenfreizügigkeit fortzuführen. Es geht ganz alleine um das Volk. Die Angestellten wollen keine solchen Stellenangebote mit einem Stundenlohn von 14 Franken mehr. Die Familien in unseren Städten wollen menschenwürdig und zu bezahlbaren Preisen wohnen. Und alle in unserem Land fragen sich, wie es möglich ist, dass wir in der Schweiz nicht genügend Pflegepersonal und Ärzte ausbilden.

Natürlich sind weder die Ausbeutung der Angestellten noch der Wohnungsmangel eine direkte Folge der Personenfreizügigkeit. Doch unsere Migrationspolitik ist wie eine Lupe, welche die Fehler und Unterlassungen der Politik erst so richtig sichtbar macht. Eine Politik der Öffnung setzt voraus, dass der soziale Zusammenhalt bestehen bleibt. Sie setzt voraus, dass die Bevölkerung auch künftig mehr oder weniger überzeugt ist, dass das Wachstum allen zugutekommt.

Genossinnen und Genossen,

Die bürgerlichen Parteien bäumen sich auf. Sie wollen der SP nicht Recht geben und auch nur die geringste unserer Forderungen erfüllen. Die Bürgerlichen bäumen sich auf und leugnen die Realität. Sie leugnen die Skepsis, welche sich in ihren eigenen Reihen ausbreitet. Die FDP wurde in den Genfer Wahlen überrollt. Die Gewinne der Lega im Tessin und des MCG in Genf zeigen, dass sich auch in der urbanen Mittelklasse Zweifel breit machen. Diese Menschen sehen sich zum ersten Mal mit der Konkurrenz durch Grenzgängerinnen und Grenzgänger konfrontiert. Die alten Mehrheiten geraten ins Wanken. Und die Stimmen, welche links wie rechts eine neue Migrationspolitik fordern, werden immer lauter.

Bundesrat Schneider-Ammann steht vor einer einfachen Wahl: Entweder er lässt die Personenfreizügigkeit fallen und sucht mit der SVP eine Lösung, um wieder Kontingente einzuführen. Oder aber er verbessert die flankierenden Massnahmen und findet so eine Antwort auf die Ängste der Wählerschaft. Einer Wählerschaft, die offen für Änderungen, aber durch die jüngsten Entwicklungen auch sehr verunsichert ist.

Der Status quo stellt keine Lösung dar. Wir können nicht Äpfel verteilen und nichts tun. Das ist Vogel-Strauss-Politik! Das ist Politik im Tiefschlaf – oder genauer: Johann im Tiefschlaf! Wer sich weigert, über einen Lohnschutz zu diskutieren. Wer sich weigert, eine aktive Rolle im Wohnungsbau zu spielen. Wer sich weigert, über unsere Bildungspolitik nachzudenken – der verwechselt das Bundeshaus mit einem Erholungsheim. Herr Schneider-Ammann, es ist Zeit endlich aufzuwachen! Ergreifen Sie die Hand, die wir Ihnen bieten und suchen Sie mit uns:

- nach Lösungen, um Lohndumping zu verhindern und das Vertrauen von Stéphane zurückzugewinnen;

- nach wirksamen Massnahmen, um auf den Druck in den Grenzregionen, insbesondere Genf und Tessin, zu reagieren;
- nach Mitteln, um den Bau von Genossenschaftswohnungen neu zu beleben und die stets steigenden Anfangsmieten zu begrenzen;
- nach Wegen, um die Rückkehr ins Berufsleben für Mütter und Familienväter zu erleichtern.

Johann Schneider-Ammann, wachen Sie auf! Vergessen Sie die Ausfälligkeiten und die kriegerische Rhetorik der Herren Darbellay und Müller. Sie machen nur ihre Arbeit und versuchen zu retten, was von ihren Parteien übrig geblieben ist. Machen Sie Ihre Arbeit! Morgen ist es zu spät. Dann haben Sie das Vertrauen von Stéphane und die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit verloren.

Genossinnen und Genossen,

Wir laden Euch heute ein, eine doppelte Entscheidung zu treffen. Einerseits soll diese Delegiertenversammlung frühzeitig und deutlich klar machen, dass die SP die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien nur unterstützt, wenn etwas für die Arbeitnehmenden unternommen wird. Andererseits möchten wir Eure Unterstützung, um die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP zu bekämpfen.

Ihr habt zweifellos bemerkt, dass die SVP eine wirtschaftliche und soziale Situation beschreibt, die unseren Analysen recht nahe kommt. Mit ihrer Einwanderungs-Initiative will sie Stéphane und seine Freunde für sich gewinnen. Über die Lösungen, welche die Initiative vorschlägt, schweigt sich die SVP dagegen aus und verweigert die Diskussion.

Kurz gesagt sieht diese Lösung wie folgt aus: Ein Kontingent-Regime soll die heute geltende Personenfreizügigkeit ersetzen. Die Schweiz erlebte in den letzten 50 Jahren drei grosse Migrationsphasen: in den 60er-Jahren, in den 80er-Jahren und jetzt. Diese drei Phasen fanden unter verschiedenen gesetzlichen Rahmenbedingungen statt: zuerst unter dem Kontingent-Regime, dann unter dem Saisonier-Regime und heute mit der Personenfreizügigkeit. In den beiden ersten Phasen war die Zuwanderung im Verhältnis zur damaligen Bevölkerung grösser als heute. Dies zeigt, dass das gesamte Ausmass der Zuwanderung zu einem grossen Teil von den Erfordernissen der Wirtschaft abhängt und nicht vom rechtlichen Status der Migrantinnen und Migranten. Die Geschichte hat dies immer wieder bestätigt.

Die Volksinitiative « gegen Masseneinwanderung » ist wie die Ecopop-Initiative ineffizient und wirkungslos. Beide Vorlagen werden die Versprechen nicht halten, die sie machen. Vielmehr bauen sie ein unnützes Beschäftigungsprogramm für die Bundesverwaltung und die Kantone auf. Ein recht flexibles System soll durch eine kafkaeske Maschinerie ersetzt werden. Heute legt die Wirtschaft in transparenter Art fest, wie gross die Migration in unserem Land sein soll. Die beiden Initiativen wollen dagegen ein System installieren, in welchem die Verwaltung unter dem Druck von Lobbys dazu gezwungen würde, Kontingente festzulegen.

Und was noch schwerer wiegt: Die beiden Initiativen wollen das Saisonierstatut wieder einführen. Ein ungerechte und entwürdigende Regelung, welche die Ausgrenzung und den Rassismus aufblühen lässt. Indem wir die Ausländer in die Armut drängen und sie zwingen, fernab ihrer Ehegatten und Kinder zu leben, lösen wir weder die Probleme im Mietwesen

noch bekämpfen wir damit das Lohndumping. Im Gegenteil: Die Saisoniers werden dem Willen ihrer Arbeitgeber ausgeliefert und müssen Arbeitsbedingungen akzeptieren, welche noch schlechter sind als heute.

Wir werden uns gegen die Initiative der SVP durchsetzen. Sie erinnert an Zeiten, die wir längst vergangen glaubten. Sie schlägt Lösungen vor, die sich im Verlauf der Geschichte als unwirksam erwiesen haben. Die Masseneinwanderungs-Initiative würde es den Schweizerinnen und Schweizern aber auch verunmöglichen, sich frei im übrigen Europa zu bewegen. Und wir werden uns ebenso gegen die Ecopop-Initiative durchsetzen. Unsere Bevölkerung hat genug gesunden Menschenverstand, um zu wissen, dass eine Beschränkung der Geburten und eine Reduktion der Nettozuwanderung auf null nicht das Geringste unserer Probleme löst. Doch wenn wir nichts unternehmen, wird das Volk die Untätigkeit unserer Behörden in der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit mit Kroatien bestrafen. Um diese Abstimmung zu gewinnen, wird es nicht genügen, von den Dächern zu rufen, der freie Personenverkehr sei das Kernstück des „Erfolgsmodells Schweiz“. Es wird nicht genügen, Äpfel in den Strassen zu verteilen und Apfelbaum-Plakate aufzuhängen, die erst noch von Economiesuisse gesponsert sind.

Das Schweizer Bruttoinlandprodukt pro Kopf stagnierte in den letzten Jahren. In den am besten kontrollierten Branchen ist Lohndumping weit verbreitet. 40 Prozent der Unternehmen befinden sich in der Illegalität. Der Wohnungsmarkt wurde nicht der grösseren Nachfrage angepasst – insbesondere nicht in den Agglomerationen. Und unsere offizielle Politik tut sich schwer damit, Frauen sowie Migrantinnen und Migranten, die bereits in unserem Land leben, in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wer sich auf eine zahlenmässige Lenkung der Migration beschränken will, muss sich Fragen gefallen lassen. Fragen nach der Steuerpolitik und dem Anlocken ausländischer Unternehmen, wie es gewisse Kantone in den letzten Jahren getan haben. Es stellen sich aber auch Fragen zu unserem Bildungswesen. Es gibt ganz offensichtlich eine Reihe von Widersprüchen bei jenen Kreisen, welche die Migration mit Kontingenten einschränken wollen. Dieselben Leute sträuben sich nämlich dagegen, eine Integrationspolitik zu verfolgen, welche die Eingliederung der Ausländerinnen und Ausländer in unserem Arbeitsmarkt verbessert.

Es sind auch diese Leute, die alle Massnahmen ablehnen, damit Frauen Beruf und Familienleben besser vereinbaren können. Schlimmer noch, mit der SVP-Familieninitiative rufen sie die Frauen dazu auf, wieder an den Herd zurückzukehren.

Doch halt, ich muss zugeben, damit tut man ihnen unrecht. Ihr wisst alle, dass ich gerne übertreibe. Die SVP will nicht alle Frauen an den Herd zurückschicken. Nein, das stimmt nicht. Ich will mich an die Tatsachen halten: Die SVP will die reichen Männer noch reicher machen, damit ihre Frauen daheim bleiben können.

Denn wir stimmen nicht über die Familien, sondern über die Steuerabzüge ab. Wir stimmen nicht einmal über allgemeine Steuerabzüge für alle Familien ab. Nein, es geht einzig und allein um jene Familien, in denen die Frau nicht arbeitet. Und wir stimmen auch nicht über die Steuerabzüge aller Familien ab, in denen die Frau zu Hause bleibt. Nein, es geht bloss um die reichsten unter diesen Familien.

Ich wünsche mir, dass ihr dies in den verbleibenden Wochen der Abstimmungskampagne hervorstreicht: Die Hälfte der Familien zahlt schlicht und einfach keine direkte Bundessteuer. Daraus folgt: Keine Steuer, keine Steuergeschenke.

Nehmen wir für die übrigen Familien an, die Abzüge würden sich im selben Rahmen bewegen wie heute die Abzüge für die Kinderbetreuung. Dann resultieren daraus Verluste bei den Steuereinnahmen in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken. Eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 60'000 Franken würde eine Steuerermässigung von 200 Franken erhalten. Eine Familie mit einem Einkommen von 200'000 Franken würde dagegen 2600 Franken an Steuern einsparen.

Im Klartext: Wer heute Betreuungskosten abzieht, erhält nichts.

Wer keine direkte Bundessteuer zahlt, erhält ebenfalls nichts.

Mittelschicht-Familien sparen einen Beitrag, der genügt, um einen Zoo-Besuch zu bezahlen.

Die Reichsten können sich hingegen eine zusätzliche Ferienwoche am Meer leisten.

Und all das sollen der Staat und die Steuerzahlenden finanzieren. Eine solche Initiative muss abgelehnt werden. Das Familienmodell, das damit propagiert wird, ist gegen die Interessen unseres Landes. Doch vor allem ist die Initiative ein Überfall auf die Mittelklasse und die schlechter gestellten Teile der Bevölkerung. Die SVP zeigt einmal mehr ihr wahres Gesicht: Hinter ihrer konservativen Haltung verteidigt sie die Privilegien einiger Super-Reicher. Kein Wunder, kämpft sie an vorderster Front gegen unsere 1:12-Initiative.

Meine lieben Freunde,

Kommen wir zurück zu Stéphane.

- Er wird für die 1:12-Initiative stimmen. Natürlich löst sie seine Probleme nicht unmittelbar. Doch er findet es widerlich, wenn sich einige Wenige ohne Unterlass bereichern, während er Angst um die Zukunft seiner Kinder hat.
- Seine Familie profitiert nicht von der SVP-Familieninitiative. Wenn wir es schaffen, ihm dies richtig zu erklären, wird er mit uns stimmen.
- Er weiss, dass eine Rückkehr zu Kontingenten sein Beschäftigungsproblem nicht löst. Deshalb wird er die Masseneinwanderungs-Initiative im Februar ablehnen.
- Doch er erwartet von uns mehr als nur beruhigende Reden über die Personenfreizügigkeit. Er fordert von uns Resultate. Und wenn wir klar in der Sache, solidarisch und entschlossen sind, werden wir diese auch erzielen. Dann können wir Stéphane auch überzeugen, der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zuzustimmen.

Die Wurzeln, die Daseinsberechtigung und die Essenz der SP – all das bedeutet, auf Stéphanes Seite zu stehen.